

Kurzbilanz

DIE LINKE 4 JAHRE REGIERUNGSBETEILIGUNG IN BREMEN

DIE LINKE.

Das haben wir erreicht:

Entlastungen in der Krise

- Mit einem **Krisenfonds von 500 Millionen Euro** wirken wir den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie der Energiepreiskrise entgegen. Das ist beschlossen und geplant:
 - Krankenhäuser, Freizeitsportvereine und Co. bei den gestiegenen Energiekosten unter die Arme greifen,
 - mit rund 10 Millionen Euro private Haushalte in Bremen und Bremerhaven entlasten. So haben künftig ca. 14.000 Menschen mehr als bisher einen Anspruch auf das günstige **Stadtticket** für 25 Euro, wenn sie Wohngeld oder einen Kinderzuschlag beziehen. Außerdem werden die Preise der **Gemeinschaftsverpflegung** in Kitas, Schulen und Hochschulmensen eingefroren und das kostenlose Frühstück in den Kitas bis Ende des Jahres verlängert.
- In der Pandemie haben wir mit dem Bremen-Fonds (1,2 Milliarden Euro) Schäden betroffener Privatpersonen, Unternehmen und Institutionen kompensiert und in Zukunftsprojekte investiert. Damit wurden beispielsweise mehr als **90.000 Tablets für alle Schüler*innen** in Bremen finanziert.
- Alle Kinder und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven haben die **Freikarte** bekommen für Freizeitaktivitäten im Wert von 120 Euro (Kino, Freimarkt und mehr).

Gute Löhne und starker Arbeitsmarkt

- Den **Landesmindestlohn** haben wir erhöht: Mit derzeit 12,29 Euro pro Stunde liegt er sogar über dem Bundesmindestlohn. Wenn die Schlichtungsempfehlung im TVÖD so angenommen und für den TV-L übertragen würde, dann steigt der Landesmindestlohn in Bremen im März 2024 auf ca. 14,30 Euro – weil wir ihn an die unterste Entgeltgruppe im öffentlichen Dienst fest gekoppelt haben.
- Bei allen öffentlichen Aufträgen müssen künftig **Tariflöhne** gezahlt werden. Das gilt jetzt auch für Dienstleistungen und für Aufträge, die EU-weit ausgeschrieben werden.
- Auch auf Bundesebene setzen wir uns für bessere Löhne und Tarifbindung ein, z.B. in der **Paketbranche**.
- Mit vielen Millionen fördern wir die Beschäftigung insbesondere von Bremer*innen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden, bspw. von Frauen und Menschen mit Migrationserbe. Wir haben Programme eingeführt bzw. ausgebaut, mit denen sich mehr Menschen Weiterqualifizierung leisten können, weil es bezahlte Ausbildungen gibt (z.B. Gesundheitsfachkräfte, Erzieher*innen) oder einen Qualifizierungsbonus (Förderprogramme »Perspektive Arbeit für Frauen« oder »Perspektive Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund«).

Ausbildung

- Der **Ausbildungsfonds**: Mit dieser bundesweit einzigartigen Umlage sollen mehr und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen und Azubis besser auf ihrem beruflichen Weg begleitet werden, finanziert durch einen fairen Mechanismus. Kurz gesagt: Alle Betriebe, die das wirtschaftlich leisten können, zahlen ein. Wer genug ausbildet, bekommt mehr Geld zurück als eingezahlt, macht also Plus. (Die Höhe der Abgabe ist mit maximal 3 Promille der Bruttolohnsumme absolut leistbar.)
- Wir haben **500 zusätzliche Ausbildungsplätze** im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildungsverbände in Bremen und Bremerhaven geschaffen.
- Ein Aus- und Weiterbildungscampus für klimarelevante Berufe ist in Planung. Die Finanzierung in Höhe von 100 Millionen Euro haben wir sichergestellt.

Fürs Klima und die Transformation

- Bremen hat seit März eine **ehrgeizige Klimastrategie**, die festlegt, dass unser Bundesland bis 2038 klimaneutral werden soll.
- Bis zu **2,5 Milliarden Euro** investiert Bremen bis 2027 in die Umsetzung seiner Klimaschutzstrategie. Dafür wurde auf unsere Initiative die Schuldenbremse ausgesetzt. Investiert wird bspw. in den Ausbau des ÖPNV und die Wärmewende, die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft vor Ort wird vorangetrieben. Außerdem werden Schulen, Kitas, Krankenhäuser sowie zahlreiche andere Gebäude saniert.
- Mit dem neuen **Gewerbeentwicklungsprogramm** wird Bremen erstmals bestehende Gewerbeflächen »recyclen«, statt auf der grünen Wiese neu zu bauen.
- Mit der neuen Solardach- und Begrünungspflicht verbessert Bremen nicht nur seine CO₂-Bilanz, sondern macht seine Städte schöner.
- Außerdem startet Bremen noch in diesem Jahr ein Modellprojekt für geförderte **Balkonsolaranlagen**.

Gesundheit

- Bremen blickt zurück auf eine **erfolgreiche Impfkampagne** in der Corona-Pandemie, u.a. mit mobilen Impfteams in den Stadtteilen. In keinem anderen Bundesland wurden auf die Zahl der Einwohner*innen gerechnet sowie viele Impfdosen verabreicht.
- Angesichts überlasteter Arztpraxen während verschiedener Infektionswellen hat Bremen eine temporäre **Kinderambulanz** eingerichtet, die schnell und unkompliziert Kinder medizinisch versorgt hat.
- Für eine bessere Versorgung von Schwangeren sowie jungen Eltern wurde im Stadtteil Osterholz Bremens erstes **Hebammenzentrum** eröffnet. In Vegesack wird im April ebenfalls ein Zentrum eröffnet, ein weiteres Zentrum soll folgen.
- **Schwangerschaftsabbrüche**: Mit einem bundesweit einzigartigen Gesetz stellen wir künftig sicher, dass alle Bremer*innen und Bremerhavener*innen die Möglichkeit haben, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.
- Die **Gesundheitszentren** in den Stadtteilen wurden und werden geplant und ausgebaut, in Gröpelingen wurde bereits eins eröffnet. Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren beraten die Menschen vor Ort. Als neue, niedrigschwellige Initiative werden »Gesundheitspunkte« in den Stadtteilen eröffnet, die ersten in Huchting und in Grohn. (Einfacheres Format als Gesundheitszentrum, vor allem Beratung, Hilfe zur Orientierung im Gesundheitssystem, Gesundheitsprävention.)
- Ein kommunales **medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)** befindet sich in Planung, damit die fachärztliche Versorgung verbessert wird. (Beim MVZ arbeiten Ärzt*innen als Angestellte mit verlässlichen, individuellen Schichten, was deutlich »vereinbarer« ist, z.B. in der Familienphase oder in der Altersphase.)
- Wir haben die **Krankenhausinvestitionen** verdoppelt. Sowohl in der Pandemie wie in der aktuellen Energiepreiskrise und im Klimafonds haben wir durchgesetzt, dass alle Krankenhäuser auch aus Landesmitteln entlastet werden.
- Die Zentralisierung der Geburtshilfe beim KBM hat sich für das Personal und die Patient*innen bewährt. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass die Ausbildung bei der Geno ausgebaut wird und dass dafür die Bildungsakademie und das Bettenhaus am Huldsberg-Gelände genutzt werden (statt das Bettenhaus abzureißen).
- Die Anzahl der Stellen im Gesundheitsdienst wurde nahezu verdoppelt.
- Bremen hat seinen ersten Drogenkonsumraum bekommen.
- Ein befristetes Modellprojekt ermöglicht auch **Menschen ohne Krankenversicherung**, wie etwa Papierlosen, den Zugang zu fachärztlicher Versorgung. Das Angebot wurde bereits von Hunderten Menschen genutzt.

ÖPNV

- Das **StadtTicket** haben wir für Erwachsene mit schmalen Portemonnaie günstiger gemacht. Sie fahren nur noch für 25 Euro im Monat, Kinder sogar kostenlos.
- Für Azubis wurde das günstigere **365-Euro-Ticket** eingeführt.
- Der Nachtzuschlag in Bus und Bahn wurde abgeschafft.
- Seit 2021 erhöht Bremen die **Ticketpreise** nicht mehr.
- Bremen hat neue moderne Straßenbahnen angeschafft und das Verkehrsnetz wird weiter ausgebaut.

Antidiskriminierung

- Wir haben ein fortschrittliches **Polizeigesetz** verabschiedet und somit **Racial Profiling verboten**. Im Gesetz verankert ist auch die neue Anlaufstelle der **unabhängigen Polizei- und Feuerwehrbeauftragten**, die innerhalb eines Jahres bereits zahlreiche Anliegen von Bürger*innen bearbeitet hat.
- Bremen bekommt eine **Landesantidiskriminierungsstelle**.
- Wir haben das bundesweit erste **Legalisierungsprogramm für Menschen ohne Papiere gestartet**.

Starker öffentlicher Dienst/Rekommunalisierung

- Der Abbau des Personals in der Verwaltung wurde beendet und es wurden **viele neue Stellen** finanziert.
- Das Bürgerservicecenter, das Migrationsamt und auch die Wohngeldstelle wurden **personell massiv aufgestockt**.
- 2028 kommt die Bremer Straßenreinigung zurück in die öffentliche Hand.

Gute Bildung

- Wir haben uns erfolgreich für die **Doppelbesetzung** an Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen eingesetzt. Insgesamt wurden 40 neue Stellen für zusätzliche pädagogische Fachkräfte in den Klassenzimmern geschaffen.
- Außerdem wurden die Stellen für **Schulsozialarbeit** verdoppelt. 80 Prozent aller Bremer Schulen haben nun eine*n Schulsozialarbeiter*in.
- **Mehr Geld** für Bildung: Wir haben die Bildungsausgaben gesteigert – von 8 100 Euro pro Jahr pro Schüler*in auf 9 600 Euro. (Trotzdem liegen wir nur bei 75 Prozent der Ausgaben der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg!)
- Faire Gehälter: Die Schlechterstellung der **Lehrer*innen an Grund- und Oberschulen** wurde abgestellt. Sie sind wie Gymnasiallehrer*innen in der Gehaltsstufe A13.
- Seit 2019 wurden 3 000 neue **Kitaplätze** geschaffen. (Trotzdem fehlen aktuell rund 5 000 Kitaplätze!)
- Die Zahl der Plätze in der beliebten und gut bezahlten Erzieher*innen-Ausbildung PiA wird verdreifacht auf 150 Plätze pro Jahr.
- **Bessere Bezahlung** in herausfordernden Lagen: Erzieher*innen in Index-Kitas werden nach TVÖD S 8b entlohnt und erhalten so mehrere hundert Euro mehr im Monat als vorher.

Lohnlücke/Gleichstellung

- Bremen hat erstmals eine **Strategie** zur Schließung des Gender-Pay-Gaps (bezeichnet den Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern) und für die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. (Sie ist allerdings nicht ausreichend mit Geld unterlegt, insbesondere wenn es um Betreuung und bezahlte Qualifizierung geht!)
- Frauen* und Mädchen* vor Gewalt schützen: Bremen hat einen umfassenden **Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention** erarbeitet und beschlossen, darin: Bremens erste Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte, die 2024 eröffnet werden soll.

- Gewalt gegen **queere Menschen** wird von der Bremer Polizei jährlich gesondert erfasst, was eine bessere Bekämpfung ermöglicht. Außerdem wurde eine Anlaufstelle für intergeschlechtliche Menschen in Bremen eröffnet und die Trans*beratung ausgeweitet.
- Mit einem Aktionsplan werden die besonders oft von Armut betroffenen Alleinerziehenden unterstützt.
- Reform des Landesgleichstellungsgesetzes: Die Frauenbeauftragten erhalten jetzt automatisch die volle Freistellung in Dienststellen ab 300 Beschäftigten.

Wohnen

- Die **Sozialwohnungsquote** wurde von 25 auf 30 Prozent erhöht. Bei 100 neugebauten Wohnungen müssen also 30 davon Sozialwohnungen sein.
- Mit dem neuen **Wohnungsaufsichtsgesetz** kann die Stadt bei verwaorlosten Immobilien künftig eine Art Zwangs-Hausverwalter einschalten. So können etwa Energiesperren verhindert werden, wenn der Vermieter die Rechnungen nicht zahlt.
- Die Stadt entscheidet mit, was auf einer Fläche gebaut wird. Dafür wurden bspw. **städtische Vorkaufsrechte** u.a. für das Hachez- sowie das Könecke-/Coca Cola-Areal beschlossen.
- **Genossenschaftsförderprogramm:** Bremen fördert neu gegründete Baugenossenschaften mit bis 40 000 Euro pro Wohneinheit.

Soziales

- Um obdachlosen Bremer*innen schnell und unkompliziert zu einer eigenen Wohnung zu verhelfen, hat Bremen ein Modellprojekt nach dem erfolgreichen **»Housing First«-Ansatz** gestartet. 35 Betroffene wurden in das Projekt aufgenommen. 26 konnten bereits eine eigene Wohnung beziehen.
- Wir haben die Mittel für die Freizis um 20 Prozent erhöht.
- Der **Härtefallfonds** gegen Energie- und Wassersperren wurde auf eine Million Euro aufgestockt.
- Gegen Pflegeheimleiten: Wir haben uns massiv für die Rekommunalisierung der **Altenpflege** eingesetzt und bleiben dran.

Modernisierung der Wirtschaft

- Wir verstehen Wirtschaft breiter. Deshalb fördern wir auch Gesundheitswirtschaft und Kulturwirtschaft – z.B. indem wir Kulturorte wie das Irgendwo oder den Güterbahnhof langfristig abgesichert haben!
- Wir haben die Startup-Förderung ausgebaut und erweitert. Mit spezifischen Programmen für Frauen und für Menschen mit Migrationshintergrund, mit mehr Gewicht auf Startups mit sozialem oder nachhaltigem Anspruch (»Social Entrepreneurship«), mit Zwischennutzungen wie dem »Creative Hub« auf dem Hulsberg-Gelände.
- In der Innenstadt haben wir Leerstand angemietet und für innovative Unternehmen günstig zur Verfügung gestellt (Pop-up-Stores etc.) Z.B. das »Made in Bremen«-Kaufhaus in der Stadtwaage.

the 1990s, the number of people in the UK who are aged 65 and over has increased from 10.5 million to 13.5 million, and the number of people aged 75 and over has increased from 4.5 million to 6.5 million (Office for National Statistics 2000).

There is a growing awareness of the need to address the needs of older people, and the need to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The Department of Health (2000) has published a strategy for older people, which sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people.

The strategy for older people is based on three main principles: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.

The strategy for older people is a key document for the health care system, and it sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.

The strategy for older people is a key document for the health care system, and it sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.

The strategy for older people is a key document for the health care system, and it sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.

The strategy for older people is a key document for the health care system, and it sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.

The strategy for older people is a key document for the health care system, and it sets out the government's commitment to improve the health and well-being of older people, and to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people. The strategy sets out a range of measures to be taken to achieve these aims, including: (1) to improve the health and well-being of older people; (2) to ensure that the health care system is able to meet the needs of older people; and (3) to ensure that older people are able to live independently and actively in their communities.